

# Ein Diskussionsbeitrag:

## Nukleare Teilhabe als ein Kernelement deutscher Sicherheitspolitik

**Die erneute Ausrichtung der deutschen Streitkräfte mit Schwerpunkt auf die Landes- und Bündnisverteidigung entfachte innerhalb des innen- und sicherheitspolitischen Diskurses in Deutschland besonders die Fragen nach der weiteren Zukunft und der Sinnhaftigkeit der nuklearen Teilhabe.**

Seit der Amtsübernahme durch US-Präsident Joe Biden betont die US-amerikanische Administration trotz oder gerade wegen ihres Fokus auf die südostasiatische Region mit besonderem Augenmerk auf China, verstärkt die Bedeutung der NATO und die Revitalisierung des transatlantischen Verhältnisses. Mit der Annexion der Krim durch Russland und der Durchsetzung seiner Einflussnahme im Osten der Ukraine hat sich nach einer rund 25-jährigen Friedenseuphorie die verteidigungspolitische Ausrichtung Europas und Deutschlands wieder dem Schwerpunkt der Bündnis- und Landesverteidigung zugewandt. Unabhängig davon hängt der Schutz Europas nach wie vor von der Bereitschaft der USA ab, Europa unter ihren militärischen, konventionell wie nuklear, Schutzschirm zu stellen. Dies entspricht im Übrigen auch der bisherigen NATO-Doktrin.

### New START verlängert

Einhergehend mit einer Modernisierung der russischen Streitkräfte wurden während der „Trump-Amtszeit“ Abrüstungsverträge und vertrauensbildende Maßnahmen aufgekündigt oder nicht verlängert. Eine Ausnahme bildet die durch Präsident Biden unmittelbar nach seiner Amtsübernahme initiierte Verlängerung des New-START-Abkommens um fünf Jahre.

Damit rückt die Frage einer glaubhaften Abschreckung in den Mittelpunkt sicherheitspolitischer Überlegungen. Das transatlantische Bündnis vertraut seit seiner Gründung seinen Nuklearfähigkeiten und versucht, vor allem darauf seine Abschreckung abzustellen, besonders in einer Zeit mit extrem reduzierten konventionellen Streitkräften.

Die derzeitige Situation erinnert zunehmend an das Ende der 1970er und An-

fang der 1980er Jahre, als eine atomare Nachrüstung aufgrund der sowjetischen Aufrüstung mit SS-20-Atomraketen und deren Stationierung um Kaliningrad und im Baltikum auf Seiten des NATO-Bündnisses anstand. Es kam zum NATO-Doppelbeschluss, der mitbestimmend für die sicherheitspolitische Wende der 1990er Jahre war. Diese Entscheidung führte zu wegweisenden Abrüstungsverträgen. Den Hauptbestand an Kernwaffen (ca. 90 Prozent) besitzen nach wie vor die USA und Russland.

### Die Situation in Europa

Die beiden Atommächte Frankreich und Großbritannien verfügen nach derzeitiger Einschätzung über rund 500 Atomwaffen. Geht man davon aus, dass deren Nuklearpotenzial ausschließlich zur eigenen Landesverteidigung vorgesehen ist, sind alle anderen europäischen Länder existenziell vom amerikanischen nuklearen Schutzschild abhängig. Hier stellt sich nun die Frage, inwieweit sind die USA heute noch bereit, ihre eigene Sicherheit für Europa in die Waagschale zu werfen? Dies insbesondere, da sie seit Langem anmahnen, die europäischen Staaten müssten mehr für ihre konventionelle Verteidigung aufwenden. In der derzeitigen Diskussion um die nukleare Teilhabe ist daher auch nach dem tatsächlichen operativen Nutzen zu fragen. Die Anwendung dieser in Europa und speziell in Deutschland stationierten Sprengkörper beinhaltet das hohe und nicht kalkulierbare Risiko einer nicht beherrschbaren Eskalation bis auf die strategische Ebene. Insbesondere unter Berücksichtigung der gegenwärtig offenkundigen Schwäche an konventionellen Mitteln.

Diese offenkundige Schwäche im konventionellen Bereich der NATO könnte im Falle einer Bündnisverteidigung sehr

schnell zur Notwendigkeit zwingen, auf nukleare Mittel zurückgreifen zu müssen. Damit käme die Nutzung atomarer Waffen einer Situation gleich, wie sie zu Zeiten der NATO-Strategie „Massive Retaliation“ in den 1960er Jahren bestand. Eine nukleare Teilhabe kann daher nur als politisches Vehikel betrachtet werden, wobei der militärische Grundsatz Gültigkeit besitzt, dass eine politische Waffe nur dann glaubhaft erscheint, wenn mit ihrem Einsatz auch wirklich gerechnet werden muss. Damit ergibt sich zwangsläufig die Frage nach der heutigen und der zukünftigen Bedeutung der nuklearen Teilhabe. Eine Aufgabe, insbesondere der deutschen, muss als ausgesprochene Brüksierung der amerikanisch transatlantischen Politik und ihrer Revitalisierung und Stärkung der NATO betrachtet werden. Letztere hat US-Präsident Biden während der diesjährigen Münchner Sicherheitskonferenz in seiner Botschaft zum Ausdruck gebracht.

### Gesamtstrategische Lage

Geht man zukünftig davon aus, dass die Hauptakteure USA, China und Russland sein werden, besteht im Gegensatz zu vor 1990 nicht eine Bipolarität auf einer Basis rationalen Handelns, sondern eine Tripolarität. Europa wird mit seinen unterschiedlichen, national geprägten Interessen nur eine Nebenrolle spielen. Es kann auch nicht ausgeschlossen werden, dass China und Russland, zeitlich begrenzt, zu einer Zweck- und Interessengemeinschaft finden werden. Die USA und China werden sich im südostasiatischen bzw. im westpazifischen Raum verstärkt als Konkurrenten gegenüberstehen. Ein Europa ohne die notwendige, nicht eingeschränkte Rückendeckung durch die USA könnte leicht zum Spielball/ Opfer russischer Interessen werden. Die derzeitige Entwicklung an der Ostgrenze

der Ukraine und die damit verbundenen militärischen Provokationen geben derartigen Überlegungen einen realistischen Hintergrund. Die Großübung „Winter 20“ der polnischen Armee hat gezeigt, dass ein Stoßangriff der russischen Armee in fünf Tagen Warschau zu Fall bringen würde. In diesem Zeitraum wäre es der NATO nicht möglich gewesen, Verstärkungskräfte zu verlegen, um den Angriff abzuwehren, die Vorwarnzeiten bedürfen einer Korrektur. Die russische Armee verlegt regelmäßig große Truppenteile und deren Gerät. Vor einigen Wochen gerade wieder auf die Krim und an die ostukrainische Grenze.

## Flexibilität gewinnen

An diesem Beispiel lässt sich die Frage ableiten, wie würde die NATO reagieren, wenn Russland eine militärische Konfrontation in den baltischen Staaten oder in der Ukraine herbeiführen sollte. Über Jahrzehnte abgerüstete und verkleinerte konventionelle NATO-Streitkräfte müssten sich auf das Risiko des Einsatzes nuklearer Waffen einlassen. Diese relativ schnelle und fast zwangsweise notwendige Abstützung auf atomare Waffen zeigt die Gefahr einer nicht kontrollierbaren nuklearen Eskalation. Sie mahnt auch verstärkt zur Nachrüstung konventioneller Mittel. Erst durch die Abstützung

auf starke konventionelle Kräfte behält die nukleare Teilhabe ihre Bedeutung zur Abschreckung.

Das NATO-Bündnis basiert wie schon früher u. a. auf der politischen Absicht einer Risikoteilung. Wie weit die USA dieses Risiko einer eigenen Existenzgefährdung bei Einsatz atomarer Mittel in Europa noch mittragen werden, bleibt eine Frage. Vor allem solange die europäischen NATO-Mitglieder, allen voran Deutschland glauben, ihren Verpflichtungen nur sehr zögerlich nachkommen zu müssen. Von daher ist die Beibehaltung der nuklearen Teilhabe Grundlage und ein erster wichtiger Schritt, den Willen zum Zusammenhalt des Bündnisses und zur Stärkung der transatlantischen Brücke zu zeigen. Es erscheint auch wenig hilfreich, mit Vorschlägen mittels eines europäischen Nuklearschutzschirmes mit dem französischen und britischen Nuklearpotenzial von der Frage zur nuklearen Teilhabe abzulenken. Hier gilt die Aussage von General a. D. Klaus Naumann, im Gespräch des Dialog Forums Sicherheitspolitik am 28. Mai 2021: „Die Sicherheit Deutschlands ist ohne die USA nicht zu erreichen.“

## Zusammenfassung

Für Deutschland kann die Folgerung daraus nur lauten: Es muss bereit sein,

nicht nur an einem strategisch-sicherheitspolitischen Gesamtkonzept mitzuwirken, es zu akzeptieren und dieses auch umzusetzen bzw. sich in ein solches einbinden zu lassen. Das erfordert auch, sich aus der Nische sicherheitspolitischer Bequemlichkeit zu verabschieden und damit sich nicht mehr nur auf die USA und die anderen NATO-Verbündeten zu verlassen. Die Konsequenz daraus lautet: Es bedarf einer quantitativen und qualitativen Steigerung seiner Streitkräfte. Ein derartiger Schritt könnte im Sinne einer damit gewonnenen operativen Flexibilität auch dazu führen, die nukleare Teilhabe wieder an Glaubwürdigkeit gewinnen zu lassen. Zukünftige Abrüstungsverhandlungen könnten auf Augenhöhe geführt werden. Ohne Wenn und Aber muss zukünftig der Grundsatz gelten, dass wir uns unsere Sicherheit, Frieden und Freiheit etwas kosten lassen müssen. Dazu bedarf es auch einer politischen Repräsentanz, die den Mut aufbringt, seiner Bevölkerung sicherheitspolitisches Verständnis zu vermitteln und die sich daraus ergebenden Notwendigkeiten aufzuzeigen.

**Horst Martin und Dietmar Paun**  
Landesbereich VI Bayern

In eigener redaktioneller Verantwortung



## Gesellschaft für Sicherheitspolitik e.V.

53111 Bonn, Wenzelgasse 42, Tel.: (0228)652556. E-Mail: [geschaeftsstelle@gsp-sipo.de](mailto:geschaeftsstelle@gsp-sipo.de)  
Internet: [www.gsp-sipo.de](http://www.gsp-sipo.de), Facebook: [www.facebook.com/GSPSipo](https://www.facebook.com/GSPSipo); Twitter: @GSPSipo

### Sicherheitspolitische Öffentlichkeitsarbeit für Jedermann

Die GSP widmet sich als unabhängiger und überparteilicher Verein mit ihren rund 100 Sektionen, unterstützt von über 6.000 Mitgliedern, der Vermittlung sicherheitspolitischen Verständnisses in der Bevölkerung.

### Veranstaltungsangebot

Die Sektionen als Hauptträger unserer Öffentlichkeitsarbeit veranstalten Vorträge, Seminare, Symposien und Kongresse sowie Informationsbesuche und Exkursionen für alle interessierten Bürger.

### Gemeinnützigkeit

Die GSP ist wegen ihrer besonders förderungswürdigen satzungsgemäßen Aufgaben durch Freistellungsbescheid des Finanzamtes Bonn-Innenstadt Steuernummer 205/5764/0498, als gemeinnützig und spendenfähig anerkannt worden.

### Spendenkonto

Sparda-Bank eG Köln IBAN DE53 3706 0590 0200 6402 20

**Präsident:** Prof. Dr. Johannes Varwick

**Geschäftsführer:** Reiner Wehnes

**Vereinsregister-Nr.:** 5684, Amtsgericht Bonn

### Gliederung/Kontakt

Die GSP gliedert sich in 7 Landesbereiche und 3 selbstständige Sektionen, die direkt dem Vorstand unterstellt sind. Sie erreichen sie wie folgt:

**Landesbereich Schleswig-Holstein, Mecklenburg-Vorpommern und Hamburg (Tel.: 04331/696174)**

**Landesbereich Niedersachsen und Bremen (Tel.: 04209/693418)**

**Landesbereich Nordrhein-Westfalen (Tel.: 0172/3034560)**

**Landesbereich Hessen, Rheinland-Pfalz und Saarland (Tel.: 0172/2362627)**

**Landesbereich Baden-Württemberg (Tel.: 0711/605555)**

**Landesbereich Bayern (Tel.: 08239/7114)**

**Landesbereiche Brandenburg, Sachsen, Sachsen-Anhalt und Thüringen (Tel.: 030/36289697)**

**Selbstständige Sektion Bonn (Tel.: 0151/155677401)**

**Selbstständige Sektion Berlin (Tel.: 0176/23366939)**

**Selbstständige Sektion Brüssel: [bruessel@gsp-sipo.de](mailto:bruessel@gsp-sipo.de)**